

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 12. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. April 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Daniel Günther (CDU)	i. V. von Astrid Damerow
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Thomas Rother (SPD)	i. V. von Birgit Herdejürgen
Olaf Schulze (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Katharina Loedige (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ulrich Schippels (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Staatskanzlei über den aktuellen Stand des Projekts KoPers („IT-Kooperation Personaldienste“): Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben in der Freien und Hansestadt Hamburg und in Schleswig-Holstein	4
Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 17/528	
2. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungsgesetz - VersLastG)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/345	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/346	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/396	
4. Neustrukturierung der Landesbanken	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/344	
5. Information/Kenntnisnahme	8
Umdruck 17/465 - Körperschaftsteuerfall Umdruck 17/466 - Datenverarbeitungsverfahren Umdruck 17/467 - Statistikamt Nord Umdruck 17/524 - SAFIR-FhG - bildgestützte Medizin Umdruck 17/525 - Haushaltsreste Umdruck 17/526 - Förderung von Eltern-Kind-Zentren	
6. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Staatskanzlei über den aktuellen Stand des Projekts KoPers („IT-Kooperation Personaldienste“): Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben in der Freien und Hansestadt Hamburg und in Schleswig-Holstein

Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 17/528

St Dr. Wulff berichtet über den aktuellen Stand des Projekts KoPers, Umdruck 17/528.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Habeck teilt Projektleiterin Ruck mit, die Kommunen müssten für neue Lösungen mit Dataport neue Verträge abschließen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Umdruck 17/528 zur Kenntnis und erwartet im September 2010 eine Fortschreibung des Berichts.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln
(Versorgungslastenteilungsgesetz - VersLastG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/345

(überwiesen am 19. März 2010)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/345 unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/346

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/396

(überwiesen am 19. März 2010)

Abg. Heinold spricht sich dafür aus, angesichts der Notwendigkeit, Personalkosten zu reduzieren, die Stellvertretung von Staatssekretärinnen oder Staatssekretären nicht extra zu vergüten. - Die Koalition signalisiert, es bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Zulagenregelung belassen zu wollen.

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung zurück, bis die Landesregierung die im federführenden Innen- und Rechtsausschuss aufgeworfenen Fragen beantwortet hat.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Neustrukturierung der Landesbanken

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/344

(überwiesen am 19. März 2010 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Heinold erwidert M de Jager, Hamburg und Schleswig-Holstein verfolgten das Ziel, aus der Kontrollmehrheit bei der HSH auszusteigen. Mit Blick auf das laufende EU-Beihilfeverfahren könne man sich allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genauer festlegen. Hinsichtlich der Zukunft der HSH beziehungsweise der Landesbankstruktur insgesamt gebe es keine Vorfestlegung der Landesregierung auf ein bestimmtes Modell. Beim Beihilfeverfahren betreffend die Berechnung der Anteilswerte des Sparkassen- und Giroverbands und von Flowers sei das Land nicht beteiligt. Das Beihilfeverfahren zur Garantie könnte nach seiner Einschätzung im zweiten Quartal 2010 abgeschlossen werden.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/344 abschließend zur Kenntnis. Im Anschluss an die nächste Finanzausschusssitzung am 22. April 2010 wird sich der Beteiligungsausschuss mit der Entwicklung der HSH Nordbank weiter befassen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/465 - Körperschaftsteuerfall

Umdruck 17/466 - Datenverarbeitungsverfahren

Umdruck 17/467 - Statistikamt Nord

Umdruck 17/524 - SAFIR-FhG - bildgestützte Medizin

Umdruck 17/525 - Haushaltsreste

Umdruck 17/526 - Förderung von Eltern-Kind-Zentren

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 17/525 - Haushaltsreste 2009 - kritisiert VP Dopp, dass nicht ausgenutzte Kreditermächtigungen in Höhe von 142 Millionen € nichtin Abgang gestellt würden.

AL Reese-Cloosters bezeichnet die Übertragung des Haushaltsrests als Vorsorgemaßnahme zur Auflösung von Rücklagen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die gemeinsame Anhörung mit dem Innen- und Rechtsausschuss zur **Änderung des Sparkassengesetzes** am 12. Mai 2010 stattfinden wird.
- b) Abg. Heinold begrüßt die von Innenminister Schlie bekannt gegebenen Umschichtungen im **Polizeihaushalt**. Sie fragt die Landesregierung, ob im Polizeihaushalt nicht 200 Stellen abgebaut würden und die Altersgrenze für Vollzugsbeamte nicht von 60 auf 62 Jahre heraufgesetzt werde.

St Dr. Bastian erwidert, zur Höhe der Pensionsaltersgrenze für Vollzugsbeamte gebe es keine Entscheidung der Landesregierung. Zur Erwirtschaftung der Einsparungen gebe das Finanzministerium mit dem Haushaltsführungserlass Richtgrößen vor, und die Ministerien hätten Spielräume, wie sie die Gesamtersparnis erbrächten, ob in erster Linie bei den Zuwendungen oder bei den Personalkosten. Der Zeitplan sehe vor, dass die Landesregierung am 13. Juli 2010 über den Doppelhaushalt 2011/12 entscheide und der Landtag in der September-Tagung die erste Lesung durchführe.

Auf Nachfragen der Abg. Heinold und Dr. Habeck stellt er klar, die Einsparung von insgesamt 5.600 Stellen im Landesdienst mit der Bezugsgröße 50.000 € Bruttoarbeitskosten sei die Richtgröße für die Personalkostenbudgetierung. Innerhalb der Einzelpläne sei eine gewisse Flexibilität zwischen Zuweisungen, Investitionen und Personalkosten möglich. Weil Stelleneinsparungen im Lehrerbereich aufgrund der demografischen Entwicklung vorwiegend in der zweiten Hälfte der Planungsperiode erbracht würden, müssten in der ersten Hälfte in der allgemeinen Verwaltung entsprechend mehr Stellen eingespart werden.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer